

Anlage 2: Vereinbarungen aus der Sondierungsphase

Teil 1: Absprachen zu Wahlprogrammen der Fraktionen

Strategien für Laatzten

Vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen sind langfristige Strategien für Laatzten zu entwickeln mit resultierenden Weichenstellungen in der neuen Wahlperiode. Dies betrifft insbesondere Laatzens Weg in die Klimaneutralität sowie die Stadt- und Quartiersentwicklung. Die Strategien und Maßnahmen sollen bis zur Mitte der Wahlperiode möglichst unter Einbindung aller Ratsfraktionen, der Verwaltung und der Bürger und Bürgerinnen erarbeitet und entschieden werden.

Solare Dächer

Die Fraktionen sehen das Erfordernis eines stark beschleunigten Ausbaus regenerativer Energien als Basis des Laatzener Wegs zur Klimaneutralität. Hierfür sind die erheblichen, derzeit weitgehend ungenutzten, Potentiale zur solaren Nutzung von Dachflächen einzubeziehen. Mit Blick auf die laufenden Verhandlungen zur Bildung einer Ampelkoalition auf Bundesebene sollen konkrete Maßnahmen zur verpflichtenden Nutzung der Dachpotentiale erst nach Vorlage eines verabschiedeten Koalitionsvertrages beraten und beschlossen werden.

Behindertenbeauftragte/r

Die derzeitige Behindertenbeauftragte der Stadt Laatzten arbeitet ehrenamtlich und zeitlich befristet. Die Fraktionen sehen Anpassungsbedarf für die künftige und dauerhafte Gestaltung dieser Aufgabe nach Vorlage der Evaluierung der bisherigen Tätigkeit. Hierbei ist einerseits eine öffentlich gut erreichbare Anlaufstelle, andererseits eine breite Verankerung in allen Bereichen der Verwaltung zu gewährleisten.

Verkehr

Wir wollen die Verkehrswende in Laatzten unter Berücksichtigung der Mobilitätsbedarfe aller Bevölkerungsgruppen vorantreiben. Dazu gehört die kritische Begleitung der Umsetzung des Verkehrskonzepts mit dem besonderen Ziel, alle Bevölkerungsgruppen zum Umstieg auf nachhaltige Verkehrsformen zu ermuntern. Wir werden den bestehenden Verkehrsraum bedarfsgerecht neugestalten und Laatzten mit einer hochwertigen und lückenlosen Radverkehrsinfrastruktur ausstatten.

Zu einer vernünftigen Verkehrspolitik gehört auch die Mobilitätsbedürfnisse derjenigen zu berücksichtigen, die nach Laatzten zur Arbeit oder zum Einkaufen kommen, oder in den eher ländlichen Ortsteilen leben. Laatzten muss als bedeutender Aus- und Einpendler- sowie Einzelhandelsstandort auch für den motorisierten Individualverkehr erreichbar bleiben. Gleichzeitig muss die Erreichbarkeit mit dem Fahrrad von Sehnde, Pattensen und Hemmingen aus verbessert werden.

Ein besonderes Anliegen ist die Verkehrssicherheit, insbesondere aller jüngeren und älteren Verkehrsteilnehmer und -teilnehmerinnen. Radfahrende müssen aufgrund steigender Unfallzahlen besonders in den Blick genommen werden. Dazu gehört, die verschiedenen

11

Verkehrsträger weitgehend zu trennen und auch den ruhenden Verkehr unter Sicherheitsaspekten in den Blick zu nehmen.

Das Pilotprojekt der Veloroute auf der Hildesheimer Straße in Alt-Laatzen werden wir konstruktiv begleiten und unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus der Bürgerbeteiligung nach Ablauf des Pilotprojekts fortentwickeln. Die Verlängerung der Veloroute nach Laatzen-Mitte und nach Grasdorf, ebenso wie die mittelfristige Einrichtung eines Radschnellwegs als Alternative, werden wir prüfen. Wir wollen die Barrierewirkung der Hildesheimer Straße als Hauptverkehrsachse in Alt-Laatzen abmildern, einen Raum mit hoher Aufenthaltsqualität schaffen und die Erreichbarkeit der Güter des täglichen Bedarfs für alle Bevölkerungsgruppen sichern.

Der kundenorientierte Ausbau des ÖPNV bleibt eines unserer Kernanliegen. Dazu setzen wir uns unermüdlich gegenüber Region Hannover, Üstra und RegioBus für eine bessere Nahverkehrsverbindung zwischen Kronsberg und Laatzen, für den Bau einer S-Bahn-Station in Grasdorf, und die verbesserte Anbindung von Ingeln-Oesselse ein.

Wir werden die Möglichkeiten einer Kommune nutzen, um die Elektromobilität in Laatzen voranzubringen. Dazu gehört etwa ein Beitrag der Stadt zum Ausbau der Ladeinfrastruktur sowie die erneute Prüfung, ob Laatzen als hochverdichteter Bestandteil der urbanen Agglomeration der Landeshauptstadt Hannover nicht als Standort für Car-Sharing-Anbieter attraktiv sein kann.

An den noch nicht umgesetzten Projekten der abgelaufenen Amtsperiode, insbesondere der Einrichtung von drei Fahrradreparaturstationen sowie von Tempo 30 in der Ortsdurchfahrt Gleidingen, halten wir fest.

Feuerwerksverbot

Die Einschränkungen sollen zeitlich und räumlich definiert werden, zielführend wäre auch ein weitgehender Ersatz durch eine zentrale Veranstaltung.

Rauchfreiheit

Rauchverbote im öffentlichen Raum dienen dem Jugendschutz und sind insbesondere im Umfeld von Aufenthalts-, Freizeit- und Sportbereichen Jugendlicher relevant.

Schwimmunterricht

Ziel ist nicht nur das Nachholen der Corona-bedingten Ausfälle, sondern alle Kinder sollten möglichst bis Schulbeginn Schwimmunterricht erhalten können.

Straßenbeleuchtung

Aspekte der allgemeinen Reduktion von Lichtverschmutzung und Energieeinsparungen sind zu berücksichtigen, dabei sind Smart City - Lösungen zu prüfen.

Jugendbeirat

Die finanzielle Ausstattung ist als Zusatzbetrag für klimapolitische Projekte neben der allgemeinen Ausstattung des Beirats zu verstehen.

Bedarfsampeln

Optimierung des Verkehrsflusses durch bedarfsgesteuerte Fußgängerampeln.

Rückbau 4-spuriger Straßen

Die Verkehrsplanung soll sich nicht vorrangig am Autoverkehr orientieren, sondern soll an allen Verkehrsteilnehmern mit Verkehrssicherheit als oberster Priorität ausgerichtet werden.

Erbpacht

Zilesetzung ist der langfristige Vermögenserhalt der Stadt, die Auswirkung auf die Finanzierungsfähigkeit des Bauherrn ist zu prüfen.

Sozialer Wohnungsbau

Eine Sozialquote von mindestens 25% und Prüfung höherer Quoten wird angestrebt.

Prüfung auf u.a. gendergerechte Sprache

Für die Prüfung auf Nutzung gendergerechter Sprache seitens der Verwaltung ist zunächst eine „gendergerechte Sprache“ als Maßstab für die Prüfung abzustimmen. Die Prüfung auf Beeinträchtigungen bezieht sich nicht nur auf „Ältere“, sondern auf Menschen jeden Alters.

Teil 2: Absprachen zu Ausschüssen und Gremien

Die folgenden Absprachen unterliegen der Annahme einer 6-5 Verteilung in den 11er Ausschüssen. Für den Fall einer 7-4 Verteilung kann ein Sitz im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Feuerschutz an die Fraktion von Die Linke sowie ein weiterer Sitz im Ausschuss für Gesellschaft, Soziales, Kultur und Sport und im Ausschuss für Kinder- und Jugendhilfeangelegenheiten an die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen übertragen werden.

- Die Fraktion der SPD überträgt einen Sitz im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Feuerschutz an die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen sowie je einen Sitz im Ausschuss für Gesellschaft, Soziales, Kultur und Sport und Ausschuss für Kinder- und Jugendhilfeangelegenheiten an die Fraktion von Die Linke.
- Im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Feuerschutz wird ein Ratsmitglied der Fraktion von Die Linke als erster Vertreter benannt.
- Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen überträgt einen Sitz im Ausschuss für Wirtschaft, Vermögen und Digitales an die Fraktion der SPD.
- Der Ausschussvorsitz des Verkehrswendeausschusses und des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Feuerschutz wird von einem Fraktionsmitglied von Bündnis 90/ Die Grünen wahrgenommen.
- Zu den Sprecherrollen in den Arbeitsgruppen der Ausschüsse wird zeitnah eine Abstimmung innerhalb der Ratsgruppe vorgenommen.
- Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Feuerschutz wird inhaltlich stärker auf Nachhaltigkeit fokussiert und in Ausschuss für Nachhaltige Stadtentwicklung, Feuerschutz umbenannt.
- Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen erhält folgende Sitze in Ausschüssen und Gremien:
 - Im Verwaltungsausschuss zwei Sitze
 - Im Aufsichtsrat AquaLaatzium ein Sitz

2

- Im Aufsichtsrat Leine VHS ein Sitz
- In den Beiräten der Netzgesellschaften jeweils ein Sitz
- In der Lenkungsrunde soziale Stadt 2 Sitze
- Im Unterhaltungsverband ein Sitz
- Im Beirat proKlima ein 1 Sitz
- Im Nds. Städtetag ein Sitz eines Vertreters
- Im Vorstand der Musikschule Laatzen ein Sitz

Teil 3: Sonstige Vereinbarungen

- Die Fraktionen der SPD und von Die Linke werden ein Ratsmitglied von Bündnis 90/Die Grünen als stellvertretende Bürgermeisterin vorschlagen und wählen.
- Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und von Die Linke werden ein Ratsmitglied der SPD als Ratsvorsitzende vorschlagen und wählen
- Die Fraktionen der SPD und von Die Linke werden ein Ratsmitglied von Bündnis 90/Die Grünen als stellvertretende(n) Ratsvorsitzende(n) vorschlagen und wählen.
- Die Fraktionen streben an, vergleichbare Gruppenbildungen auch in den Ortsräten herbeizuführen.
- Der Fraktionsgeschäftsführer der SPD wird auch für die Ratsgruppe aktiv sein gegen Kostenbeteiligung der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.
- Die Nutzung digitaler Tools für Kommunikation, Steuerung, Koordination und Dokumentation, z.B. MS Teams, wird gemeinsam entschieden.

2